

Quelle:	Nordwest-Zeitung, Oldenburger Nachrichten vom 09.01.2025, S. 22 (Tageszeitung / täglich außer Sonntag, Oldenburg)		
Auch in:	Nordwest-Zeitung - Ammerländer Nachrichten • Nordwest-Zeitung - Der Münsterländer • Nordwest-Zeitung - Kreiszeitung Friesland • Nordwest-Zeitung - Oldenburger Kreiszeitung • Nordwest-Zeitung - Wesermarsch-Zeitung • Nordwest-Zeitung - Zeitung für Ganderkesee		
Auflage:	79.742	Reichweite: Autor:	185.799 Jörg Schürmeyer
		Ressort:	Region

„2025 muss Jahr des Turnarounds werden“

IHK-NEUJAHRSEMPFANG Ministerpräsident Stephan Weil zu Gast in Oldenburg

VON JÖRG SCHÜRMEYER

OLDENBURG – Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil will nach mehreren Jahren mit Stagnation und sogar Rezession in diesem Jahr eine wirtschaftliche Trendwende einleiten. „2025 muss das Jahr des Turnarounds werden“, sagte der SPD-Politiker am Dienstagabend vor rund 800 Unternehmerinnen, Unternehmern und Gästen beim Neujahrsempfang der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer (IHK), die in diesem Jahr ihr 125-jähriges Bestehen feiert. Denn: „Eine stabile Wirtschaft ist auch die Grundlage für eine stabile Gesellschaft.“

Netzentgelte senken

Was es brauche, seien „Brustlöser“. Ein entscheidender Hebel auch mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit sei es, die Energiekosten zu senken. Weil richtete den Fokus dabei vor allem auf die Netzentgelte, die in einem ersten Schritt stabilisiert, in einem zweiten Schritt gesenkt und in einem dritten Schritt so behandelt werden müssten wie andere Infrastrukturvorhaben auch.

Ein zweiter Hebel sei die Bürokratie. „Ja, wir sind überreguliert“, räumte Weil ein und erntete dafür Applaus. „Wir sind in vielen Teilen zu kompliziert.“ Und dies führe dazu, dass Prozesse und Vorhaben zu lange dauern und teurer würden. „Was wir stattdessen brauchen ist einfacher, schneller, günstiger“, sagte er. Niedersachsen wolle hier „Vorreiter“ sein. Als ein Beispiel in diese Richtung nannte er die



Zu Gast beim Neujahrsempfang: (von links) Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens, IHK-Präsident Jan Müller und Ministerpräsident Stephan Weil

BILD: HAUKE-CHRISTIAN/DITTRICH

Novellierung der niedersächsischen Bauordnung.

Wirtschaftsvertreter sparten auf dem Neujahrsempfang nicht mit Kritik an der Politik. „Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem“, befand IHK-Präsident Jan Müller. Ja, sogar ein Vertrauensproblem. „Es fehlt an Vertrauen in marktwirtschaftliche Lösungen“, sagte er. Anderer Länder, wie die USA, stünden mit einer weniger regulierten Wirtschaft und niedrigerer Steuerlast deutlich besser da und verzeichneten robuste Wachstumsraten.

Seine Folgerung: „Gebot der Stunde in Deutschland ist es, den Unternehmen das Feld zu bereiten: mit weniger Regulierung, mit niedrigeren

Steuern, mit Rahmenbedingungen, die Innovation und Investitionen befördern.“ Die Bereitschaft, diese Strukturthemen anzugehen, sei zu zögerlich. „Hier eine Kursänderung durchzuführen, ist die wichtigste Aufgabe der neuen Bundesregierung“, meinte er.

In der anschließenden Podiumsdiskussion beklagten Wirtschaftsvertreter vor allem die herrschende Unsicherheit und die überbordende Regulierung. „Man schafft immer mehr Dokumentationspflichten. Und das nervt“, sagte Mirja Viertelhaus-Koschig, Vorstandsvorsitzende des Oldenburger Autoteile-Spezialisten Vierol. Vom Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz über Nachhaltigkeitsberichte bis hin zur Au-

Bescheinigung bei Dienstreisen ins Ausland. „Ich habe immer den Eindruck, wir setzen nicht nur das EU-Recht ein zu eins um, sondern wir machen es noch strenger und wollen es nach genauer machen“, sagte sie.

Einfach Unternehmer sein

Sarah Dhem, Präsidentin des Bundesverbands Deutscher Wurst- und Schinkenproduzenten, sowie Geschäftsführerin von Schulte Wurstwaren und der Kalieber GmbH in Lastrup, beklagte mangelnden politischen Rückhalt auf allen Ebenen und mahnte stabile Rahmenbedingungen an. „Wir wollen einfach gern wieder Unternehmer sein“, sagte sie. „Wenn

ich mal wieder Zeit hätte für mein Kerngeschäft, also Wurst zu produzieren und sie zu verkaufen, dann würde ich mich tatsächlich freuen.“

Prof. Dr. Andreas Freytag, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Uni Jena, warnte davor, Investitionsförderung stets gleichzusetzen mit dem Geben von Geld. „Man muss insgesamt das Klima für Investitionen verbessern“, sagte er, etwa auch über Steuerpolitik. Zudem sprach er sich für den Abbau von Subventionen aus. Jedes Jahr würden dafür in Deutschland rund 200 Milliarden Euro ausgegeben, fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. „Das heißt, ungefähr jeder 20. Euro wird einem erfolgreichen Unternehmer weggenommen, damit ein erfolgloser ihn bekommt“, sagte er. Sein Vorschlag: „Subventionsabbau mit der Rasenmäher-Methode. Überall jedes Jahr zehn Prozent des Bestandes.“

Auf das Thema Innovationen und Gründungen ging Daniel Kraft, Startup-Unternehmer aus Oldenburg, ein. Es gebe viele gute Gründerinnen und Gründer hierzulande. „Was uns ein bisschen fehlt, ist Respekt und Anerkennung für die Menschen, die diesen Mut haben“, sagte er. Und er mahnte mehr Investitionen und Unterstützung an. Wenn man Teilhabe an den Wachstumspotenzialen der Zukunft haben wolle, müsse man Mut beweisen und investieren. „In den USA sind neun der zehn reichsten Menschen Gründerinnen und Gründer. In Deutschland sind acht von zehn Erbinnen und Erben“, sagte er.